

## Beschluss Sachsens Kommunen bewegen und zukunftsfest gestalten – entschlossen, mutig, voller Zutrauen und Zuversicht

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 01.03.2023  
Tagesordnungspunkt: 8. Kommunalwahl 2024

### Antragstext

1 Bündnisgrüne Kommunalpolitik steht für lebenswerte Städte, Gemeinden und  
2 Landkreise, in denen Menschen gut und sicher leben können. Wir betreiben eine  
3 vorausschauende Politik, die in Zeiten großer Herausforderungen Stabilität und  
4 Sicherheit schafft und unsere Gesellschaft zukunftsfest aufstellt. Die kommunale  
5 Ebene ist der Ort, wo die Auswirkungen von Krisen und versäumter Vorsorge  
6 durchschlagen und für die Bürger\*innen konkret spürbar und greifbar werden.  
7 Kommunen sind gleichzeitig auch Orte des Handelns und der Umsetzung: Vor Ort  
8 entstehen die Windräder und Ladesäulen, um die Abhängigkeit von fossilen  
9 Rohstoffen zu überwinden und unser Klima zu schützen. Hier verteidigen wir auf  
10 der Straße und in den kommunalen Räten unsere Demokratie gegen Angriffe rechter  
11 Hetzer\*innen. Hier wachsen die Kinder auf, denen wir mit guter Bildung gleiche  
12 Chancen bieten wollen. Hier finden Begegnungen, Integration und Inklusion statt,  
13 die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

14 Global denken, lokal Handeln – dieses Prinzip leitet uns BÜNDNISGRÜNE bereits  
15 seit unserer Gründung. Es lässt sich kaum besser versinnbildlichen, als in der  
16 Gleichzeitigkeit von Kommunal- und Europawahl in Sachsen. Wir Grüne stehen für  
17 starke Kommunen in einem handlungsfähigen Europa, das ein besonderes Augenmerk  
18 auf kommunale Bedürfnisse legt und die kommunale Gestaltungsfreiheit verteidigt.  
19 Denn der Erfolg des EU Green Deal entscheidet sich vor Ort: mit lokalen  
20 Projekten für Klimaschutz und -anpassung schaffen wir es, uns gemeinsam auf den  
21 Weg zum klimaneutralen Kontinent zu machen. Gleichzeitig wird die Europäische  
22 Union für Kommunen immer wichtiger. Die meisten unserer kommunalen  
23 Entscheidungen sind längst von der EU-Gesetzgebung betroffen, beispielsweise in  
24 der Vergabe, im Dienstleistungsbereich oder bei Vorgaben für saubere Luft und  
25 sauberes Wasser. Ob in Brüssel oder vor Ort in Sachsen - wir Grüne ziehen an  
26 einem Strang

27 Mehr als 300 Menschen vertreten seit 2019 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsens  
28 Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen und Stadtbezirksbeiräten. Ob als Mitglied  
29 einer starken Fraktion in den großen Städten, als Einzelkämpfer\*innen in den  
30 Räten von Gemeinden, Klein- und Mittelstädten oder als Beigeordnete in den  
31 Rathäusern - wo wir in Verantwortung sind, liefern wir Ergebnisse. Mit  
32 Entschlossenheit und Mut, Zutrauen und Zuversicht engagieren sich GRÜNE  
33 Kommunalpolitiker\*innen, um vor Ort praktische Lösungen zu finden, die auch die  
34 globalen Herausforderungen unserer Zeit mitdenken und machen so Stück für Stück  
35 ihre Kommune lebenswerter. Durch die von uns im sächsischen Koalitionsvertrag  
36 erkämpften Verbesserungen für mehr Bürger\*innenbeteiligung und Transparenz sowie  
37 im Kommunalrecht hinsichtlich der Rechtsstellung von Ratsmitgliedern  
38 beispielsweise bei der Fraktionsfinanzierung und bei Akteneinsichten gerade in  
39 kleineren Kommunen haben wir die kommunale Demokratie gestärkt.

40 Bei den nächsten Kommunalwahlen wollen wir unsere Ergebnisse daher weiter  
41 verbessern. In den großen Städten – Leipzig und Dresden – streben wir an, wieder

42 stärkste Kraft zu werden. In den Kreistagen wollen wir erneut und noch  
43 zahlreicher in Fraktionsstärke einziehen und perspektivisch auch bündnisgrüne  
44 Beigeordnete in den Landratsämtern stellen. Im ländlichen Raum wollen wir unsere  
45 Mandate flächendeckend ausbauen, sodass kein\*e kommunale\*r Mandatsträger\*in mehr  
46 allein für eine ökologische und zukunftsgewandte Politik streiten muss.

47 Für die Umsetzung unserer inhaltlichen Ziele gehen wir Bündnisse in Form von  
48 Fraktionsgemeinschaften, sachbezogenen Mehrheiten in den Räten oder gemeinsam  
49 mit zivilgesellschaftlichen Kräften ein. Diese lösungsorientierte Zusammenarbeit  
50 mit Verbänden und Bürger\*innen-Initiativen wie auch parteiübergreifend mit allen  
51 Demokrat\*innen, macht uns stark. Gegenüber Rechtsextremen und  
52 Rechtspopulist\*innen bilden wir standhaft und glaubwürdig den Gegenpol, während  
53 öffentlich proklamierte Unvereinbarkeits- und Abgrenzungsziele anderer Parteien  
54 und Wählervereinigungen Lippenbekenntnisse bleiben. So wurden wir in den letzten  
55 Jahren vielerorts Zeug\*innen gemeinsamer Abstimmungen wie auch inhaltlicher  
56 Annäherungen von demokratischen Parteien an politische Positionen  
57 verfassungsfeindlicher Kräfte in Sachsens kommunalen Räten.

58 Rückenwind erhält GRÜNE Kommunalpolitik aus der Landes- und Bundespolitik, die  
59 wir in Regierungsverantwortung mitgestalten sowie von der europäischen Ebene, wo  
60 die Weichen auf Transformation stehen, angetrieben von unserer GRÜNEN  
61 Europafraktion. Wo einst starre Rahmensetzungen den kommunalen Handlungsraum  
62 verengten und lähmten, haben wir nun im Land und im Bund für Beweglichkeit und  
63 Bewegung gesorgt, die es Kommunen ermöglichen, noch aktiver ihre Zukunft zu  
64 gestalten. Kommunen können sich entscheiden, abweichend von der 1000-Meter-  
65 Abstandsregel Windkraftanlagen zuzulassen und zudem selbst von den Einnahmen  
66 daraus profitieren. Sie haben die Möglichkeit endlich wieder eigene Satzungen  
67 für kommunalen Baumschutz zu erlassen. Dank neuer Forschungsinstitute und den  
68 „Orten der Demokratie“ ebenso wie durch mehr Transparenz und Fördermittel für  
69 Beteiligung werden demokratische Strukturen vor Ort gestärkt. Wir haben  
70 Gemeinschaftsschulen ermöglicht, damit Kinder länger gemeinsam lernen können.  
71 Mit dem sächsischen Gleichstellungsgesetz fördern wir die kommunale  
72 Gleichstellungsarbeit.

73 Damit die Menschen in Sachsen von diesen neu gewonnenen Möglichkeiten  
74 profitieren, braucht es weiterhin starke Bündnisgrüne vor Ort, die  
75 Zukunftsprojekte in den Kommunen voranbringen. Zu den Kommunalwahlen im Frühjahr  
76 2024 in Sachsen treten wir mit vielen erfahrenen sowie neuen Kandidat\*innen mit  
77 Entschlossenheit und Mut sowie einer klaren politischen Zukunftsagenda an, um  
78 mit noch mehr Kraft in den Kreistagen, Gemeinde-, Stadt- und  
79 Stadtbezirksbeiräten den sozial-ökologischen Wandel in Sachsen zu gestalten.

80 Klimaneutrale Zukunft gestalten

81 Aktiver Klimaschutz ist der Markenkern bündnisgrüner Politik. Wir setzen uns  
82 dafür ein, dass Sachsens Kommunen ihren Beitrag zur Erreichung der Pariser  
83 Klimaziele leisten und zugleich Maßnahmen zur Anpassung an die stattfindende  
84 Erderwärmung ergreifen. Klimaschutz ist für uns kein Selbstzweck, sondern  
85 Voraussetzung für die Sicherung von Lebensqualität und ein Baustein hin zu mehr  
86 sozialer Gerechtigkeit.

87 Wir bringen die Energiewende vor Ort voran und setzen uns für einen massiven  
88 Ausbau von Windkraft, Photovoltaik und Solarthermie ein. Mit der Entwicklung und  
89 Umsetzung von Energie- und Klimaschutzkonzepten für Kommunen und Regionen wollen

90 wir Energiesicherheit schaffen und ein klimagerechtes Leben und Wirtschaften vor  
91 Ort ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsens Städte und Gemeinden  
92 die Möglichkeiten nutzen, flexibel, auch abweichend von der 1000 Meter-  
93 Abstandsregel, Windparks zu planen und direkt von den Einnahmen des  
94 Stromverkaufs aus Erneuerbaren Energien zu profitieren. Wir wollen, dass  
95 Kommunen bei der Nutzung von Sonnenenergie mit der Nutzung ihrer eigenen  
96 Dachflächen vorangehen. Menschen vor Ort sollen an der Energiewende beteiligt  
97 werden. Wir BÜNDNISGRÜNE kämpfen mit ihnen für die Etablierung von  
98 Bürger\*innenenergie und Erzeuger\*innengemeinschaften.

99 Wirksamer Klimaschutz umfasst auch die Wärmewende. Hier liegt der regenerative  
100 Anteil des Energieverbrauchs erst bei 15 Prozent. Neben dem erhöhten Einsatz von  
101 erneuerbarer Energie spielt dabei vor allem die Senkung des Energiebedarfs durch  
102 energetische Sanierung von Gebäuden eine wichtige Rolle. Durch klimafreundliches  
103 Bauen wollen wir Energieeinsparpotenziale ausschöpfen, die sowohl dem  
104 Klimaschutz als auch den kommunalen Haushalten nützen. Wir machen uns stark für  
105 Kommunen, die Neubau- und Sanierungsprojekte mit höchsten energetischen  
106 Standards angehen. Dies stärkt die lokale Bauindustrie und das Handwerk, die  
107 unerlässliche Partner in der Energie- und Wärmewende darstellen. Mit kommunalen  
108 Dachkatastern für Photovoltaik und Solarthermie beschleunigen wir den Umstieg  
109 auf Erneuerbare Energien. Wir setzen auf Kreislaufwirtschaft in regionalen  
110 Bündnissen und wollen durch ein verstärktes Baustoffrecycling erreichen, dass  
111 klimasensible Landschaften nicht mehr dem Rohstoffabbau zum Opfer fallen müssen.

112 Wir wirken darauf hin, dass Kommunen sich mit intelligenter Stadtplanung und  
113 Begrünungsoffensiven auf die Klimaerwärmung bestmöglich vorbereiten, um Städte  
114 vor Überhitzung in Hitzephasen zu schützen. Programme für Dach- und  
115 Fassadenbegrünung sowie eigene Baumschutzsatzungen und Baumpflanzprogramme  
116 sollen für grüne Städte und Gemeinden sorgen, die Schatten und saubere Luft  
117 bieten. Bei Bebauungsplänen und Flächenplanungen achten wir besonders auf die  
118 Berücksichtigung von Frisch- und Kaltluftschneisen, die das Klima verbessern.  
119 Auf Ereignisse wie Starkregen bereiten wir uns durch mehr Wasserrückhalteflächen  
120 in den Städten vor.

121 Natürliche Lebensgrundlagen schützen

122 Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten ist eine existenzielle Bedrohung für  
123 eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten. Der Schutz von Natur und Umwelt  
124 hat daher für uns Priorität bei Entscheidungen zur Nutzung und Gestaltung von  
125 Flächen. Weil praktischer Naturschutz am besten vor Ort funktioniert, liegt  
126 darauf ein Hauptaugenmerk bündnisgrüner Kommunalpolitik.

127 Anstatt immer neue Flächen in Anspruch zu nehmen und damit wertvolle Grünflächen  
128 und Naturräume zu zerstören, wollen wir alle Möglichkeiten zur Nachnutzung und  
129 Reaktivierung von Brachflächen ausschöpfen und Neuversiegelung auf Netto-Null zu  
130 reduzieren. Als Grundlage fordern wir dafür verbindliche und transparent  
131 einsehbare Flächenkataster.

132 Bäche und Flüsse, Teiche und Seen sind Lebensräume für zahlreiche Tiere und  
133 Pflanzen sowie Orte für Freizeit und Erholung. Wir Bündnisgrüne sind  
134 Wächter\*innen über deren Schutz vor umweltschädlichen Eingriffen sowie die  
135 Einhaltung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Beim Thema Hochwasser gilt  
136 für uns: natürlichen Flusslauf schützen statt Mauern und Beton!

137 Wir wollen Lebensräume für Insekten, Lurche, Reptilien, Vögel und Säugetiere in  
138 Stadt und Land schaffen und erhalten. Die Anwendung von Pestiziden wie Glyphosat  
139 lehnen wir ab – sowohl auf unseren Äckern, als auch auf kommunalen Flächen. Wir  
140 machen uns für insektenfreundliche Blühflächen in Parks, entlang von Straßen und  
141 am Feldrand stark.

142 Auch unsere Wälder müssen sich dem Klimawandel anpassen. Dafür unterstützen wir  
143 Aufforstungen und den ökologisch sinnvollen Waldumbau, hinzu naturnahen,  
144 klimaresilienten Mischwäldern. Wir fordern flächendeckend eine vielfältige und  
145 ökologische Bewirtschaftung von Wäldern nach Umweltschutzstandards wie FSC, die  
146 Naturschutz und Wirtschaftlichkeit zusammenbringen.

147 Immer mehr Kommunen folgen dem Zero-Waste-Ansatz zur Reduzierung von Abfall und  
148 Stärkung von Rohstoffkreisläufen und schonen damit Umwelt und Ressourcen. Wir  
149 unterstützen lokale Initiativen und Projekte wie Reparaturcafés,  
150 Unverpacktläden, Pfandsysteme und Sharing Economy-Geschäftsmodelle, die zur  
151 Vermeidung von Müll beitragen. Wir stärken das Handwerk, denn es ist  
152 unverzichtbares Fundament dafür, dass Roh- und Wertstoffkreisläufe, von der  
153 Reparatur von Geräten bis hin zum Recycling von Baustoffen, funktionieren.

154 Mobilität klimagerecht, sicher und für alle organisieren

155 Der Verkehrssektor weist erhebliche bislang ungenutzte Einsparpotenziale bei  
156 klimaschädlichen Emissionen auf, die wir für einen konsequenten Klimaschutz  
157 endlich ausschöpfen müssen. Wir setzen alles daran, die Verkehrswende voran zu  
158 bringen. Unser Anspruch ist ein Verkehrswesen, das sowohl dem Klima als auch den  
159 verschiedenen Bedarfen und Voraussetzungen z.B. von Jung und Alt, in Stadt und  
160 Land gerecht wird. Unser Ziel ist eine Gleichberechtigung der Verkehrsarten,  
161 sodass niemand auf ein eigenes Auto angewiesen sein muss.

162 Dafür setzen wir auf einen gut ausgebauten, bezahlbaren Öffentlichen  
163 Personennahverkehr für Stadt und Land. Besonders wichtig dafür ist eine  
164 auskömmliche Finanzierung, um Angebote sicherzustellen und bedarfsgerecht  
165 auszubauen. Außerdem müssen die Verkehrsbetriebe als attraktive Arbeitgeberinnen  
166 wahrgenommen werden, um dem vorherrschenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken.  
167 Nachfrageorientierte Angebote wie Stadtbusse und flexible Konzepte, z.B. App-  
168 gesteuerte Sammeltaxis, können Bus und Bahn sinnvoll ergänzen. Langfristig  
169 sollen auch Angebote des Autonomen Fahrens etabliert werden. An  
170 Verkehrsknotenpunkten wollen wir Mobilitätsstationen mit ÖPNV-Anschluss, Car-  
171 Sharing, Park & Ride sowie sicheren Fahrradabstellanlagen ausbauen.

172 Immer mehr Menschen erledigen ihre Wege mit dem Rad und tun damit etwas Gutes  
173 für die Umwelt und für ihre Gesundheit. Damit sie sicher unterwegs sind, fordern  
174 wir, dass sich alle sächsischen Kommunen der bundesweiten Städte-Initiative für  
175 mehr Tempo 30 anschließen und Radwege verstärkt auszubauen. Voraussetzung dafür,  
176 dass verfügbare Fördermittel von Bund und Land für den Radwegbau genutzt werden  
177 können, ist ausreichend Personal für deren Planung in den kommunalen  
178 Verwaltungen. Damit das Rad für noch mehr Menschen eine alltagspraktische  
179 Alternative ist, stoßen wir – ergänzend zur Landesförderung, die sich an  
180 Unternehmen und Institutionen richtet – kommunale Förderprogramme für  
181 Lastenfahrräder und Lastenanhänger für Privatpersonen an.

182 Den motorisierten Verkehr wollen wir durch die Förderung von E-Mobilität  
183 klimafreundlicher gestalten. Sächs\*innen, die im Alltag auf das Auto angewiesen

184 sind, soll durch eine dichte Infrastruktur von Ladesäulen der Umstieg aufs E-  
185 Auto ermöglicht werden. Mit Investitionen in E-Busse erreichen wir auch im  
186 Nahverkehr Schritt für Schritt mehr Klimaschutz.

187 Gesundes Essen aus der Region auf den Tisch

188 Das allgemeine Bewusstsein für eine nachhaltige, gesunde Ernährung wächst  
189 stetig. Im Zuge zunehmender Unsicherheit über Lieferketten gewinnt das  
190 Regionalitätsprinzip bei der Herstellung von Nahrungsmitteln an Bedeutung. Uns  
191 ist es wichtig, dass von diesem für Klima- und Umweltschutz positiven Trend die  
192 regionale Landwirtschaft profitiert und dass gesundes Essen für alle bezahlbar  
193 ist.

194 Wir setzen uns für mehr ökologische und tierwohlorientierte Landwirtschaft in  
195 kleinbäuerlichen und alternativen Strukturen ein, wie beispielsweise  
196 solidarische Landwirtschaft, und wollen diese durch finanzielle Anreize etwa bei  
197 der Verpachtung von Flächen oder der Gewerbesteuer fördern. Auch in den Städten  
198 wollen wir das Potenzial landwirtschaftlicher Nahrungsmittelproduktion zum  
199 Beispiel in Aquaponikanlagen, vertikalen Gärten und durch die Umsetzung des  
200 Konzeptes der „Essbaren Stadt“ heben. Für die Stärkung des fairen Handels  
201 initiieren wir gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen die Bewerbung  
202 weiterer sächsischer Städte als Fairtrade Town.

203 Regionale Produktionskreisläufe und Einkaufsgewohnheiten nützen dem regionalen  
204 Wohlstand, der Gesundheit und der Umwelt. Wir schätzen den Wert des regionalen  
205 Lebensmittelhandwerks, dessen Erhalt wir fördern wollen. Um entlang der  
206 Produktionsketten vom Acker bis auf den Teller alle zu vernetzen und weitere  
207 Ideen vor Ort für eine klimafreundliche, gesunde und faire Ernährung gemeinsam  
208 mit Akteur\*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft umzusetzen, initiieren wir vor  
209 Ort Ernährungsräte.

210 Ob in der Kita, der Schule oder im Pflegeheim – wir machen uns für hohe  
211 Qualitätsstandards in der Gemeinschaftsverpflegung stark, um Nachhaltigkeit,  
212 Gesundheit, Frische und Regionalität zu fördern. Die Kriterien der Deutschen  
213 Gesellschaft für Ernährung (DGE) sollen bei der Auftragsvergabe in den Kantinen  
214 öffentlicher Einrichtungen als Mindeststandards gelten. Wenn erforderlich,  
215 sollten Kommunen die Zertifizierung von regionalen Essenanbietern finanziell  
216 fördern. So ermöglichen wir Kindern den Zugang zu gesundem Essen. Wir setzen uns  
217 dafür ein, dass kein Kind wegen eines geringen Familieneinkommens vom  
218 gemeinsamen Essen in Kita- und Schule ausgeschlossen ist.

219  
220 Der Flächenverbrauch für die Tierhaltung ist enorm. 80% der globalen  
221 landwirtschaftlichen Nutzfläche werden als Weide- oder Ackerland für die  
222 Tierhaltung bewirtschaftet. Damit verbunden sind hoher Wasserverbrauch, Tierleid  
223 und klimaschädliche Emissionen. Der Bericht der EAT-Lancet Kommission aus dem  
224 Jahr 2020 empfiehlt eine Ernährung, die überwiegend durch pflanzliche  
225 Lebensmittel gedeckt wird. Dies sei essentiell, um den Erhalt der ökologischen  
226 Grundlagen und eine gesunde Nahrungsversorgung sicherzustellen.  
227 Wir sehen die klaren Vorteile einer veganen Ernährung und setzen uns für eine  
228 weitere Akzeptanz und Verbreitung in Sachsen ein.

229 Kommunen, die für alle vorsorgen

230 Wir Bündnisgrüne stehen für eine Politik der Solidarität und sozialen  
231 Gerechtigkeit. Eine starke Daseinsvorsorge vom ÖPNV-Angebot über Sportstätten  
232 bis hin zum Krankenhaus, verlässliche Unterstützungsangebote für Menschen mit  
233 Hilfebedarf oder in schwierigen Lebenslagen und gesellschaftlicher Zusammenhalt  
234 bilden die Voraussetzung dafür.

235 In vielen Regionen Sachsen brauchen wir eine bessere medizinische Versorgung,  
236 damit die Menschen sich mit ihren Problemen und Sorgen aufgehoben fühlen und  
237 auch kurzfristig gut versorgt sind. Qualitativ hochwertige Versorgung und  
238 Wohnortnähe wie auch ein Ausbau von mobilen und digitalen Angeboten sind uns  
239 dabei wichtig. Dazu stehen den Kommunen Möglichkeiten wie die Gründung von  
240 kommunalen Gemeinschaftspraxen und Gesundheitszentren zur Verfügung. Wir  
241 schlagen außerdem vor, dass sich benachbarte Kommunen in Gesundheitsregionen  
242 zusammenschließen und durch Kooperationen und Koordination von verschiedenen  
243 medizinischen Angeboten in der Region Synergien nutzen. Mitarbeiter\*innen in der  
244 Gesundheitsversorgung wollen heute nicht mehr als Einzelkämpfer\*innen sieben  
245 Tage in der Woche eine Praxis betreiben, sondern als Team und in fachlicher  
246 Kooperation arbeiten. Diese guten Bedingungen wollen wir besonders dort  
247 schaffen, wo heute die Versorgung nicht mehr gut ist. Die flächendeckende  
248 Versorgung mit Notaufnahmen und Krankenhäusern ist eine Aufgabe der  
249 Daseinsfürsorge. Dies muss sichergestellt werden. Dort wo private Krankenhäuser  
250 aus der Versorgung aussteigen und Versorgungslücken entstehen, braucht es eine  
251 klare Verantwortung für Krankenhäuser in öffentlicher Hand.

252 Wir wollen unsere Kommunen fit für die Digitalisierung machen und drängen auf  
253 einen beschleunigten Breitbandausbau. Darauf sind Unternehmen ebenso angewiesen,  
254 wie ihre Mitarbeitenden, um durch mobiles Arbeiten und Homeoffice berufliche und  
255 familiäre Pflichten besser vereinbaren zu können. Die Corona-Pandemie hat  
256 gezeigt: funktionierende digitale Systeme tragen zu krisenfesten Strukturen bei  
257 und senken den Personalaufwand in Verwaltungen. Für Bürger\*innen sind digitale  
258 Ämter zudem oftmals nutzerfreundlicher und sparen Zeit und Wege. Dass es dafür  
259 ein hohes Maß an Datensicherheit und Schutz vor Cyberangriffen braucht, haben  
260 wir dabei im Blick.

261 Jede\*r hat das Recht auf Wohnen. Dort, wo bezahlbarer Wohnraum knapp wird,  
262 drängen wir auf die Errichtung von Sozialwohnungen durch die Kommune, um gutes  
263 Wohnen für alle, unabhängig des Einkommens, zu ermöglichen. Dabei setzen wir auf  
264 Modernisierung von Bestandsimmobilien und energetische Sanierung, denn dies  
265 spart Flächen, senkt die Wohnkosten und stärkt das lokale Handwerk. Wir machen  
266 uns für kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaftsmodelle und  
267 alternative Wohnformen stark. Wo überhöhte Mieten im Ballungsraum auf Leerstand  
268 im Umland treffen, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den Regionen stärken,  
269 um gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land zu fördern.  
270 Hier spielt besonders eine gute Verkehrsanbindung der umliegenden Ortschaften an  
271 Ober- und Mittelzentren eine wichtige Rolle. Für von Obdachlosigkeit betroffene  
272 Personen sind Kommunen in der Verantwortung, Unterkünfte zur Verfügung zu  
273 stellen. Dabei wollen wir die Würde der betroffenen Menschen schützen, indem wir  
274 von Sammelunterkünften weg und hin zu einem geregelten Leben in dauerhaft  
275 gesicherten Wohnungen (Housing-First) kommen.

276 Solidarität bedeutet für uns, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen – sei es  
277 z.B. bei häuslicher Gewalt, Suchtproblemen oder ungewollter Schwangerschaft –  
278 Hilfe und Beratung erhalten. Diese sicherzustellen und für eine auskömmliche

279 Finanzierung zu sorgen, ist kommunale Aufgabe. Dort wo eine gute  
280 Beratungsinfrastruktur an Entfernungen und fehlenden Fachkräften zu scheitern  
281 droht, wollen wir digitale und mobile Angebote zur Anwendung bringen. Oft ist  
282 schon das Zusammenkommen mit Gleichgesinnten eine Hilfe. Deshalb kämpfen wir für  
283 die Einrichtung und den Erhalt von soziokulturellen und Familienzentren. In  
284 vielen Bereichen der sozialen Arbeit leisten Ehrenamtliche einen unverzichtbaren  
285 Beitrag für die Allgemeinheit. Diesen wertzuschätzen und zu würdigen, auch aber  
286 nicht nur durch die Erstattung von Kosten und Aufwand, ist das Mindeste, was wir  
287 als Zeichen aus den Verwaltungen erwarten.

288 Attraktive Bedingungen für Alltags- und Freizeitgestaltung wie auch Schutz und  
289 Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche sind kommunale Pflichtaufgabe. Wir haben  
290 ein wachsames Auge auf die Arbeitsfähigkeit der Jugendämter, um sicherzustellen,  
291 dass sie in der Lage sind, ihrem Auftrag zur Abwendung von und zum Einschreiten  
292 bei Kindeswohlgefährdungen nachzukommen. Wir setzen uns dafür ein, dass es  
293 flächendeckend Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Streetwork  
294 gibt. Das ist einerseits gesetzlicher Anspruch und andererseits wichtig als  
295 Präventionsarbeit im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes. Gleichzeitig sind  
296 Angebote der öffentlichen Hand elementar zur Stärkung demokratischer Strukturen,  
297 denn wo sie wegbrechen, nutzen rechte Kräfte die entstehenden Lücken für die  
298 Verbreitung antidemokratischen Gedankenguts. Wir wollen, dass Kinder und  
299 Jugendliche in ganz Sachsen bei der Gestaltung ihrer Lebensräume aktiv  
300 mitbestimmen und in selbstverwalteten Jugendräumen Demokratie und Verantwortung  
301 praktisch erleben und erlernen können.

302 Sport ist Gesundheitsförderung, Begegnung und stärkt die Bindung junger Menschen  
303 an ihre Region. Wir sehen den enormen gesellschaftlichen Beitrag, den  
304 Sächs\*innen im Ehrenamt in Sportvereinen leisten und wollen ihnen dafür  
305 bestmögliche Bedingungen z.B. durch gute Möglichkeiten für Fortbildung sowie  
306 eine Anerkennungskultur bieten. Wir setzen uns für eine solide Finanzierung von  
307 Breiten- und Spitzensport ein. Beim Bau und der Modernisierung von Sportstätten  
308 achten wir besonders auf Aspekte energetischer Sanierung, so schonen wir das  
309 Klima und senken langfristig Betriebskosten für Kommunen und Vereine.

310 Die Freiwilligen Feuerwehren sind eine elementare Säule für die Sicherheit sowie  
311 den Brand- und Katastrophenschutz im ländlichen Raum. Wir setzen uns dafür ein,  
312 deren Ausstattung zu verbessern, attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten zu  
313 bieten und durch geeignete Förderung die Nachwuchsgewinnung zu unterstützen.

314 Gute Bildung von Anfang an und lebenslang

315 Ein guter Zugang zu Bildung für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und  
316 individuellen Voraussetzungen, ist entscheidend für eine gerechte und  
317 Gesellschaft. Deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität.

318 Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz hängt für uns mit der Verfügbarkeit von  
319 Kitaplätzen in Wohnortnähe zusammen und ist untrennbar verbunden mit einer guten  
320 Betreuungsqualität. Denn eine gute Kita-Betreuung ist Voraussetzung für die  
321 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Freistaat hat mit der Bereitstellung  
322 zusätzlicher Mittel für die Jahre 2023/2024 für Personal- und Betriebskosten  
323 Kommunen finanziell entlastet. Nun sollten die Kommunen sich bemühen, attraktive  
324 Arbeitsplätze in den Kitas und Horten anzubieten und in die Ausbildung von  
325 Erzieher\*innen zu investieren, um das dafür erforderliche Personal zu halten und  
326 zu gewinnen.

327 Wir haben erreicht, dass der Freistaat durch eine Änderung des sächsischen  
328 Schulgesetzes den Weg für Gemeinschaftsschulen und Oberschulen Plus freigemacht  
329 hat. Wo sich Initiativen zur Gründung von Gemeinschaftsschulen bilden, begleiten  
330 wir diese, um an möglichst vielen Orten in Sachsen längeres gemeinsames Lernen  
331 möglich zu machen. Unser Ziel ist eine vielfältige und moderne  
332 Bildungslandschaft, zu der auch Schulen in freier Trägerschaft einen wichtigen  
333 Beitrag leisten, insbesondere dort, wo staatliche Schulen vor Ort fehlen. Die  
334 Bereitstellung und Ausstattung von Schulgebäuden obliegen den Kommunen. Wir  
335 Bündnisgrüne kämpfen für moderne Gebäude, die Lust zum Lernen machen, ein gutes  
336 Raumklima und flexible Raumkonzepte bieten, um eine Anpassung an sich ändernde  
337 Rahmenbedingungen etwa durch größere oder kleinere Klassen zu ermöglichen. Eine  
338 moderne digitale Ausstattung von Schulen, Schülerschaft und Lehrkräften muss  
339 schnellstmöglich flächendeckend umgesetzt werden, damit Sachsens Schüler\*innen  
340 fit sind für die Kompetenzanforderungen der Digitalisierung. Wir fordern die  
341 Einhaltung von Schulhausbauleitlinien, die neben pädagogischen Standards auch  
342 ökologische und Klimaschutzkriterien sowie Barrierefreiheit als Ziel haben.

343 Wir verstehen Bildung als einen lebenslangen Prozess und wollen Bildungsorte für  
344 Erwachsene wie Mehrgenerationenhäuser und Volkshochschulen dafür bestmöglich und  
345 modern ausstatten. Sie leisten einen wichtigen Beitrag im Bereich der  
346 politischen und ökologischen Bildung und versetzen erwachsene Menschen  
347 verschiedenen Alters in die Lage, mit den rasanten gesellschaftlichen und  
348 technologischen Entwicklungen unserer Zeit Schritt zu halten.

349 Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken

350 Vielfalt ist eine gesellschaftliche Realität, die wir Bündnisgrüne als Stärke  
351 für die Gestaltung einer für alle Menschen lebenswerten Zukunft sowie für den  
352 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft begreifen. Wir wollen, dass alle Menschen  
353 in Sachsen – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer Herkunft  
354 oder Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung und mit oder  
355 ohne Behinderung friedlich zusammenleben und respektvoll miteinander umgehen.

356 Dies erfordert den Abbau von Vorurteilen und von diskriminierenden Strukturen  
357 sowie ein aktives Einbinden verschiedener Perspektiven und Fähigkeiten in die  
358 kommunalpolitische Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass in Kreistagen, Stadt-  
359 und Gemeinderäten sowie in Beiräten und Ausschüssen Menschen mit  
360 Vielfaltsmerkmalen vertreten sind, um ihre Perspektiven einzubringen.

361 In ganz Sachsen begehen wir Bündnisgrüne zusammen mit der LSBTIQ\*- Community und  
362 anderen demokratischen Kräften alljährlich die CSD-Saison und kämpfen für  
363 Akzeptanz und gegen Diskriminierung. Damit ganzjährig Strukturen vor Ort für  
364 Beratungen und für queere Bildung vorhanden sind, engagieren wir uns dafür,  
365 diese in den kommunalen Haushalten abzusichern.

366 Kein Mensch ist illegal. Jeder Mensch, der nach Sachsen kommt – ob als  
367 Geflüchtete\*r oder als ausgebildete Fachkraft – hat einen Anspruch auf eine  
368 menschenwürdige Behandlung und Unterbringung. In Orten, wo Wohnungen leer stehen,  
369 sollten diese auch für eine dezentrale Unterbringung genutzt werden.  
370 Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften, wo Geflüchtete unter sich sind,  
371 verhindern Integration und Spracherwerb und sollen deshalb immer nur das letzte  
372 Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Migrationssozialarbeit und  
373 Integrationslots\*innen mit ausreichend Personalstellen und Geld ausgestattet



374 werden. Zusätzlich unterstützen wir Ansätze, bei denen ehemalige Geflüchtete und  
375 Einwander\*innen selbst Hilfe für neu in Sachsen angekommene Menschen leisten.

376 Angesichts eines starken zu erwartenden Anstiegs der Zahl fehlender  
377 Arbeitskräfte, sind wir auf Arbeitsmarktzuwanderung zunehmend ausgewiesen. Dafür  
378 braucht es ein gesellschaftliches Klima von Weltoffenheit und Willkommenskultur  
379 sowie Integrationsprogramme, die über Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse  
380 hinausgehen. Kommunale Verwaltungen und Eigenbetriebe sind große  
381 Arbeitgeber\*innen und sollten mit gutem Beispiel vorangehen und Konzepte  
382 entwickeln, die zeigen wie Arbeitsmarktintegration und Diversity-Management zur  
383 Lösung der Fachkräfteknappheit beitragen können. Außerdem unterstützen wir die  
384 Eigeninitiative von Handwerksbetrieben und kleinen und mittelständischen  
385 Unternehmen, die aktiv um Arbeitskräfte aus dem Ausland werben.

386 Demokratie lebt vom Mitmachen

387 Als Bündnisgrüne machen wir Politik für die Menschen mit den Menschen.  
388 Möglichkeiten für aktive Bürger\*innenbeteiligung, Transparenz über  
389 Entscheidungen politischer Gremien und offene Dialogformate sind seit jeher ein  
390 zentrales Anliegen unserer Politik wie auch Anspruch an uns selbst.

391 Jede\*r – unabhängig vom Geschlecht, Alter, sexueller und geschlechtlicher  
392 Identität, Behinderung oder Herkunft – muss die Möglichkeit haben, sich in  
393 politische Prozesse einzubringen. Um dies sicherzustellen, sollen  
394 Bürger\*innenbeteiligungsformate zielgruppenspezifisch, niedrigschwellig und  
395 barrierefrei gestaltet sein. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen aktiv in  
396 geeigneten Settings an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Schließlich  
397 sind sie diejenigen, die am längsten mit den Konsequenzen von jetzt gefassten  
398 Beschlüssen leben müssen, gleichzeitig aber bis zum 18. Geburtstag nicht  
399 wahlberechtigt sind. Eine Absenkung des Wahlalters in Sachsen auf 16 Jahre  
400 bleibt weiter unser Ziel. Darüber hinaus wollen wir mit der Einberufung von  
401 Bürger\*innenräten in Beteiligungsprozessen verschiedene Perspektiven und eine  
402 breite gesellschaftliche Repräsentanz abbilden und einbinden. Wir fordern  
403 mindestens die Hälfte der Macht für Frauen – auch in den Kommunalparlamenten –  
404 und setzen uns für Maßnahmen ein, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
405 mit kommunalpolitischer Arbeit besser vereinbar machen.

406 Die Möglichkeit sich einzumischen hängt maßgeblich davon ab, dass ein freier  
407 Zugang zu Informationen sowie zu Ergebnissen von Beratungen und  
408 Entscheidungsprozessen besteht. Eine weitere Voraussetzung ist die  
409 Verständlichkeit von Unterlagen und Systemen. Wir drängen daher in den Kommunen  
410 darauf, dass Ratsinformationssysteme zu verständlichen Bürger\*innen-  
411 Informationssystemen weiterentwickelt werden. Außerdem wollen wir  
412 Transparenzsatzungen auf kommunaler Ebene einführen, nachdem der Freistaat mit  
413 seinem Transparenzgesetz den Weg dafür frei gemacht hat. Kommunale Informationen  
414 sollen über die sächsische Transparenzplattform veröffentlicht werden.

415 Rechtsextremismus ist ein Akt der Menschenverachtung und Herabwürdigung. Wir  
416 unterstützen lokale Bündnisse gegen Rechts auf der Straße und verteidigen  
417 demokratische Strukturen gegen rechtspopulistische Hetzangriffe in den  
418 kommunalen Räten. Von anderen Parteien aus dem demokratischen Spektrum erwarten  
419 wir eine klare Distanzierung gegenüber der AfD, entsprechend bestehender  
420 Unvereinbarkeitserklärungen ihrer Bundesverbände. Dass die proklamierte  
421 Brandmauer gegen Rechts in den Kommunalparlamenten immer wieder Risse bekommt,

422 beobachten wir mit Sorge. Weil Kommunalpolitiker\*innen wie auch Akteur\*innen aus  
423 der Zivilgesellschaft, die sich rechter Hetze entgegenstellen, immer wieder  
424 persönlichen Bedrohungen und Beleidigungen ausgesetzt sind, bestehen wir auf  
425 Schutz- und Beratungsangeboten von Verwaltungen und Sicherheitsbehörden.

426 Wir Bündnisgrüne treten für eine lebendige Kommunalpolitik ein, die allen  
427 Menschen Möglichkeiten bietet, eine lebenswerte Zukunft in ihrer Stadt, ihrer  
428 Gemeinde und ihrem Landkreis aktiv mitzugestalten. Gemeinsam mit all jenen, die  
429 sich für Ökologie, Freiheit, Solidarität und Humanität stark machen, wollen wir  
430 gemeinsam etwas bewegen, damit Sachsen für die Herausforderungen der Zukunft gut  
431 aufgestellt ist.

## Begründung

erfolgt mündlich.